

[Dein Name]  
[Deine Adresse]  
[PLZ, Ort]  
[Deine E-Mail-Adresse]

Verwaltungsgericht

[Name des zuständigen Gerichts]  
[Adresse des zuständigen Gerichts]  
[PLZ, Ort]

[Heutiges Datum]

Betreff: Klage gegen polizeiliches Ausreiseverbot und Meldeauflagen

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erhebe ich Klage gegen das mir am [Datum des Ausreiseverbots] von der Polizeibehörde [Name der Polizeibehörde] auferlegte Ausreiseverbot und die mir auferlegten Meldeauflagen. Diese Maßnahmen verstoßen meiner Überzeugung nach gegen meine Grundrechte und ich bitte das Verwaltungsgericht darum, die Rechtswidrigkeit der Bescheide festzustellen.

Sachverhalt:

Am [Datum, an dem das Ausreiseverbot und die Meldeauflagen erlassen wurden], wurde mir von den Behörden mitgeteilt, dass mir das Verlassen des Landes untersagt ist und dass ich mich regelmäßig bei der Polizeibehörde melden muss. Begründet wurde dies damit, dass [Grund für das Ausreiseverbot und die Meldeauflagen, sofern bekannt oder genannt wurde].

Es beeinträchtigt meine Freiheit, mich frei zu bewegen und mein Leben zu gestalten, was ein fundamentales Recht ist, das durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geschützt wird. Ebenso stellen die mir auferlegten Meldeauflagen einen erheblichen Eingriff in meine Privatsphäre dar.

Rechtliche Begründung:

1. Verstoß gegen das Recht auf Freizügigkeit (Artikel 11 GG): Das Ausreiseverbot beschränkt meine Freizügigkeit, die in Artikel 11 des Grundgesetzes garantiert wird. Nach dieser Bestimmung hat jeder Deutsche das Recht, sich frei im Inland und im Ausland zu bewegen. Einschränkungen dieses Grundrechts müssen verhältnismäßig und durch ein legitimes Ziel gerechtfertigt sein.
2. Verstoß gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 GG): Die mir auferlegten Meldeauflagen greifen massiv

in mein Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein. Das Recht, über die Preisgabe und Verwendung meiner persönlichen Daten selbst zu bestimmen, ist ein grundlegendes Rechtsgut, das geschützt werden muss.

3. Mangelnde Begründung der Maßnahmen: Die mir vorliegenden Begründungen für das Ausreiseverbot und die Meldeauflagen sind nicht ausreichend, um die erheblichen Einschränkungen meiner Grundrechte zu rechtfertigen. Es wurde nicht konkret dargelegt, warum das Verlassen des Landes und die Meldeauflagen in meinem Fall gerechtfertigt sein sollen. Die fehlenden Begründungen verstoßen gegen den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit und des fairen Verfahrens.

Antrag:

Ich beantrage daher, das polizeiliche Ausreiseverbot und die mir auferlegten Meldeauflagen aufzuheben und mir die Möglichkeit zu geben, das Land frei zu verlassen, sofern keine rechtlich begründeten Hindernisse vorliegen.

Des Weiteren bitte ich um Akteneinsicht, um Einsicht in alle Unterlagen zu erhalten, die im Zusammenhang mit dem Erlass des Ausreiseverbots und der Meldeauflagen stehen.

Ich bitte um Terminierung einer mündlichen Verhandlung, um meinen Standpunkt ausführlich darzulegen und meine Rechte zu verteidigen.

Mit freundlichen Grüßen,

[Deine Unterschrift]